

- Verweigerung des Wehrdienstes, teilweise unter Berufung auf den angeblichen "Sonderstatus" von Berlin, wobei keiner dieser Täter unmittelbar unter dem Eindruck der in westlichen Massenmedien durchgeführten Hetzkampagne um Hübner handelte;  
(5 Personen)
- mehrfaches Versenden von Übersiedlungsforderungen an staatliche Einrichtungen und Abgeordnete der DDR auf offenen Postkarten, die teilweise mit Herabwürdigung und Diskriminierung verbunden waren;  
(3 Personen)
- Erscheinen an Grenzübergangsstellen und Forderung nach Ausreise, ohne im Besitz von gültigen Grenzübertrittsdokumenten zu sein;  
(4 Personen)
- Übersenden bzw. Abgabe von Ausweisdokumenten der DDR mit dem Hinweis, sich nicht als Bürger dieses Staates zu fühlen;  
(17 Personen)
- Austritt aus gesellschaftlichen Organisationen;  
(8 Personen)
- Tragen von Tätowierungen, mit denen die Übersiedlung gefordert wurde.  
(2 Personen)

Weiterhin haben in Einzelfällen diese Personen:

- während ihrer Demonstrativtat Flugblätter mit Hinweis auf ihre Person und ihre bisherigen Übersiedlungsbemühungen verteilt;
- versucht, Strafanzeige gegen Mitarbeiter von Staatsorganen der DDR wegen angeblichen Verfassungsmißbrauchs und -bruchs zu stellen;
- demonstrativ ihre Wohnung aufgelöst;